

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindeglieder des Bezirks.



### Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postkassenkonto: Amt Leipzig Nr. 21543. - Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 84. Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5zeilige Grundzeile (Zm. Maffe 25) oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zm. Maffe 17) 60 Pfg. die 3zeilige Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. - Amtliche Anzeigen die 3zeilige Zeile 50 Pfg. - Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. - Erfüllungsort Bischofswerda.

### Zusammenbruch unserer Ernährung.

Das Reichsernährungsamt hat an das Auswärtige Amt seine Rolle gerichtet, worin es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft nach sich ziehen wird. Es heißt in der Note: Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgesangenen ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den Frost verrotten worden. Ein Durchhalten der vorgegebenen Rationierung erscheint schon heute völlig ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgem. abgegeben werden können. Die Lage der Reichsgetreidestelle hat sich derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im vorigen Jahr erfolgen. Dies erscheint aber nach der Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Die Lage könnte sich nur bessern, wenn die Produktion, die aus politischen Gründen am 1. Dezember erstickt wurde, wieder verringert würde, was aber vor Anfang Januar technisch nicht möglich ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, die namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Ölsaat eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr transportiert worden. Unsere einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur einen Wirtschaftsplän bis zum 1. April 1919. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarine-Erzeugung nur noch ein Lagerstoff von 3,3 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung noch eine Wochenration von 100 Gramm vorhält, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationen spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittswertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen, also ein Sechstel des normalen herabfallen würde. Diese Tatsache würde ein langsames, aber sicheres Verhungern bedeuten. Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit Deutschlands in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfang zugenommen hat. Die Zahl der Todesfälle an Lungentransparenzen, also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf. Dabei wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptursache an dem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft die Absperrungsmaßnahmen Englands tragen.

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsamts sagt also in klaren Worten, daß wir Mitte Februar vor dem Nichts stehen. Und erst Mitte Januar wird die Friedenskonferenz zusammenzutreten, erst nach acht Wochen können wir mit dem Frieden rechnen. Hilft die Entente und Amerika nicht früher, wird die Blockade nicht früher aufgehoben, so stehen uns mindestens vier Wochen ohne Kartoffeln, ohne Brot, ohne Fleisch und Fett bevor. Eine solche Hungerperiode kann das schon so mitgenommene deutsche Volk nicht ertragen, es wird ein Massensterben werden, es wird in diesen vier Wochen den Hungertod und es muß infolge solcher Zustände die Anarchie geben.

Man sagte nicht, dieses Bild sei übertrieben. Das Reichsernährungsamt hat seinen Grund, heute noch die Unwahrheit zu sagen. Nur Wahrheit kann noch nützen, nur durch die Wahrheit kann uns Rettung werden. Unsere Unterhändler, die mit dem amerikanischen Nahrungsmittelkommissar Hoover in Spaa verhandeln werden, dürfen das Bild in diesem Sinne malen und sie werden sich den Bedingungen der Amerikaner unterwerfen müssen. Amerika verlangt die Kontrolle bei der Versorgung Deutschlands selbst ausüben zu dürfen. Wir werden das aus unserer Not heraus zugeben müssen, denn Hunger tut weh. Aber selbst wenn uns Hilfe wird, so werden wir uns doch einschränken müssen, da unsere Vorräte, wie gesagt, bald zu Ende sind und sofort

auch von Amerika nicht geliefert werden kann, um uns den Ausfall zu ersetzen und uns das zu bieten, was wir heute zum begehrenden Leben erhalten.

### Die Abdankungsurkunde des deutschen Kronprinzen.

Berlin, 5. Dezember. (W. I. B.) Die Urkunde, durch die der frühere Kronprinz auf seine Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone verzichtet, ist in Berlin eingetroffen. Sie hat folgenden Wortlaut: Ich verzichte hiermit ausdrücklich und endgültig auf alle Rechte an der Krone Preußens und an der Kaiserkrone, die mir, sei es auf Grund der Thronerfolge, sei es aus einem anderen Rechtsgrunde, zustehen mögen. - Urkundlich unter unserer höchst eigener Unterschrift gegeben in Biberich, den 1. Dezember 1918. gez.: Wilhelm.

### Eine Unterredung mit dem früheren Kronprinzen.

In der nachstehenden Unterredung befreit der Kronprinz seinen Thronverzicht ausgesprochen zu haben. Nachdem aber das Dokument in Berlin bereits vorliegt, muß man annehmen, daß er inzwischen anderen Sinnes geworden ist.

Amsterdam, 4. Dezember. (W. I. B.) Nach einer Neuermeldung aus New York hatte der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Biberich, in der der Kronprinz u. a. sagte, er habe auf nichts verzichtet und keine Dokumente unterzeichnet, aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach amerikanischem oder englischem Muster beschließen hätte, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun. Auf die Frage, was er für den Wendepunkt des Krieges betrachte, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe; er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschef nicht nervös gewesen wäre, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensvorschläge zu machen, selbst auf Kosten größerer Opfer, wobei er selbst habe soweit gehen wollen, Chap-Lothringen aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine Armees beschränken solle.

Über den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz, gegenüber allen bisher im Ausland veröffentlichten Berichten, daß er den Krieg niemals gewünscht und den Augenblick für sehr ungeeignet gehalten habe. Von allem Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampfe teilnehmen werde. Über diese Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. Der Kronprinz sprach mit Erbitterung über die Arbeiten der Generalstabier, die, wie er sagte, für eine Anzahl von Irrtümern verantwortlich seien, darunter für die große März-Offensive dieses Jahres, an der er im Widerspruch mit seiner eigenen Überzeugung habe teilnehmen müssen. Er erklärte ferner, daß Ludendorff die Haupttriebfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei. Ludendorff und sein Stab haben die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viel Soldaten senden würde, wie es tatsächlich tat. Zum Schluß erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewundere, der, dessen sei er sicher, dem deutschen Volke einen gerechten Frieden bringen werde.

### Kleine Mitteilungen.

**Gewerkschaftliche Zusammenschluß der deutschen Beamtenschaft.** Nach gründlicher Vorbereitung ist der einheitliche Zusammenschluß der gesamten deutschen Beamtenschaft auf gewerkschaftlicher Grundlage unter Zustimmung aller beteiligten Verbände im deutschen Beamtenschaftsbund erfolgt. Der Bund umfaßt sämtliche Großorganisationen der Beamten und Lehrer mit circa 1 1/2 Millionen Mitgliedern und stellt damit die einzige Gesamtervertretung der deutschen Beamtenschaft dar. Zum ersten Vorsitzenden wurde Generalsekretär Kemmers-Berlin gewählt.

Seine Internierung der Heeresgruppe Madensen. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesetzt, daß von einer Internierung der Heeresgruppe Madensen endgültig Abstand genommen wird. Die Rückführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Eine selbständige rheinisch-westfälische Republik, im Anschluß an das Deutsche Reich, wurde in zwei Riesenversammlungen in Köln gefordert.

Die Tschechen annektieren Deutsch-Böhmen. In Prag wurden am Mittwoch an den Straßenecken Plakate angebracht, die der tschechischen Bevölkerung verkünden, daß der Begriff Deutschböhmen zu bestehen aufgehört habe. Die Tschechen fahren fort, in Deutsch-Böhmen einen Ort nach dem anderen planmäßig mit Gewalt in ihren Besitz zu bringen.

Die Engländer in Wilhelmshaven. Aus Hamburg wird der „Voss. Ztg.“ gemeldet: Das englische Geschwader unter Admiral Browning ist in Wilhelmshaven eingelaufen. Starke Nebel hindert zunächst das Einlaufen und das Geschwader mußte auf der Schillig-Reede vor Anker gehen.

### Neues aus aller Welt.

**Straßenkämpfe in Hohenstaufen.** W. I. B. meldet: Die Plünderungen, die am Mittwoch in Hohenstaufen vorgenommen wurden, fanden am Donnerstag ihre Fortsetzung. Von den Beteiligten wurden bereits vier Zivilpersonen polnischer Nationalität erschossen. Infolgedessen nahmen polnische Soldaten gegen die Soldatenräuber Partei, so daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Geschäfte in den Hauptstraßen und am Markt wurden nachmittags geschlossen, niemand durfte die Straßen passieren. Gegen Abend wurde der Verkehr freigegeben.

**Die Plünderungen in Köln haben in der Nacht zum Mittwoch verschiedene Warenhäuser betroffen. Ein Konfektionsgeschäft wurde gewaltsam erbrochen und völlig ausgeräumt. Am Mittwoch wurde der auf dem Kölner Wertbundaustellungsgelände liegende Heerespark von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge erfüllt. Die Wachtposten wurden überrannt und einzelne Depots gewaltsam geöffnet. Hunderte von Personen schleppten mit Karren Heeresgut von großem Wert davon. Sicherheitsmannschaften eilten herbei, die an verschiedenen Stellen Maschinengewehre aufpflanzten, worauf die plündernde Menge das Gelände verließ. Bei dem Zusammenstoß der Plünderer mit den Polizeimannschaften wurden in der Nacht vier Personen getötet. Zahlreiche Plünderer wurden verhaftet.**

**Aus Schmerz über kein Vaterland.** Der Geheimrat Dr. Alexander Leift, Professor der Rechte an der Universität Göttingen, ist aus Verzweiflung über die trostlose Lage des deutschen Vaterlandes aus dem Leben geschieden. Er ist ein Sohn des berühmten Jenaer Rechtslehrers Wilhelm Leift.

### Aus Sachsen.

Dresden, 6. Dezember. **Beschlagnahme des Privateigentums des Königs und des Prinzen Johann Georg.** Wie die „Sächs. Volkszeitung“ von zuständiger Seite erfährt, hat die vorläufige Regierung das Privateigentum des bisherigen Königs und des Prinzen Johann Georg von Sachsen beschlagnahmt. Als Begründung soll angegeben worden sein, an diesem Gelde liege der Schwere der Arbeiter. Die genannte Zeitung schreibt hierzu: Wir geben die Nachricht vorläufig mit Vorbehalt wieder. Wenn sie sich als richtig erweist, stellt sich die Maßnahme als ein schwerer Eingriff in das Privateigentum dar. Nach den bisher gegebenen Versicherungen sollte von dem gewaltsamen Eingriff in das Eigentum der Bürgerschaft abgesehen und der Weg der Besteuerung nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung beschritten werden. Der Einfluß der Unabhängigen in der sächsischen Regierung scheint aber auch diesen Übergriff veranlaßt zu haben. Die Regierung wird sich jedenfalls dazu äußern müssen.

Mitna, 6. Dezember. Der hiesige U- und S-Rat hatte das Flagen in den deutschen oder sächsischen Landesfarben verboten. Auf eine Beschwerde des Stadtverordnetenvorstandes an die Regierung kam der Bescheid, daß es den Einwohnern überlassen bleibt, nach ihrem Gutdünken zu flaggen.